

Ottendorfer Zeitung.

Erscheint Dienstags, Donnerstags und
Sonnabends abends.
Bezugspreis: monatlich 40 Pfg.,
zweimonatlich 80 Pfg., vierteljährlich
1,20 Mark.
◆ Einzelne Nummer 10 Pfg. ◆

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Wochenblatt und Anzeiger

Neueste Nachrichten Bezirks- und General-Anzeiger

Annahme von Anzeigen bis spätestens
Mittags 12 Uhr des Erscheinungstages.
Preis für die Spalte 10 Pfg.
Zeitrauher und tabellarischer Satz
nach besonderem Tarif.
Bei Wiederholungen Preisermäßigung.

Mit wöchentlich erscheinender Sonntagsbeilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“, sowie der abwechselnd erscheinenden Beilagen „Handel und Wandel“, „Feld und Garten“, „Spiel und Sport“ und „Deutsche Mode“.

Druck und Verlag von Hermann Rühle in Groß-Okrilla.

für die Redaktion verantwortlich Hermann Rühle in Groß-Okrilla.

Nr. 23.

Mittwoch, den 24. Februar 1909.

8. Jahrgang.

Verliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 25. Februar 1909.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend am Übergange der nach Langebrück führenden Straße unweit des Bahnhofs Weizdorf durch den 8,35 Uhr von Dresden-Kreuzstadt kommenden Zug. Von einer auf dem Heimwege begriffenen Schlittenpartie von hier nach Böhlaus fürzte bei dem Ueberfahren der Gleise die Frau des Gutsbesizers Förster so unglücklich auf das Bahngleis, daß dieselbe durch den herankommenden Zug, welcher trotz alles Bremsens nicht zum Stehen gebracht werden konnte, überfahren wurde. Doppelter Schädelbruch und Bruch der Wirbelsäule den baldigen Tod, der auf so tragische Weise aus dem Leben gerufenen Frau herbei.

—* Fastnacht. Der Schluss- und Höhepunkt der eigentlichen Karnevalszeit, ein Tag, ein Abend, umwoben von den lustigen Geistern grotesk bunten Nummernschmühs — wer kennt sie nicht die launig sprudelnde Fastnacht! Hat sie ihren Namen vom Fasten oder von der Fasel? Das letztere wäre eine Bezugnahme auf Freude und Ausgelassenheit. Der Volksmund denkt gewöhnlich an die mit Abersmittwoch beginnende kirchliche Fastenzeit. Wie auch immer, Fastnacht ist für unschätzbare Mädelin und Weiblein etwas Urfeiles. Die schellen- behängte Narrenkappe läßt die Sorgen vergessen. Der Geldbeutel fikt locker, und was die Welt morgen bringt? Ach was, so fragt man an Fastnacht nicht. Vom eigentlich Volkstümlichen hat sich freilich nur noch wenig erhalten. Nur vereinzelt finden sich noch die öffentlichen Maskenumzüge. Das leichtblütige Volkchen am Rhein hält noch fest daran, und in süddeutschen Landgegenden ist auch viel Kummel. Man kennt ja zum Beispiel die Weiberfastnacht: Die Frauen führen an diesem Tage das Regiment und besetzen in Scharen das Gasthaus; kommt ein vorwiltiger Mann dorthin, so wird ihm die Kopfbedeckung weggerissen und er muß sie durch ein paar Flaschen Wein auflösen. Das es in alten Zeiten bisweilen gar zu hoch und laut herging, kann man aus den vielen obrigkeitlichen Fastnachtbedikten sehen, die allerdings — recht wenig Beachtung fanden. Eine Verordnung aus dem Jahre 1549 rügte u. a. auch „den sonderlichen Müßiggang“ der Fastnachtzeit. Heutzutage beschränkt sich dieses Müßiggang bei den meisten Leuten auf einige Abend- und Nachtstunden, und das wollen wir ihnen herzlich gönnen und nur wünschen, daß der — Regenhammer des folgenden Tages möglichst glänzend ausfalle.

—* Steuerzettel. Bald werden nun wieder in unfer trautes und friedliches Heim jene Fettel klattern, die, so harmlos sie aussehend, doch die wundersame Kraft besitzen, auch den launigsten Menschen aus seiner Ruhe zu bringen. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, mögen zwei Menschen sonst in ihren politischen Ansichten und sonstigen Ansichten nach so grundverschieden sein, eines haben sie doch gemeinsam: die unüberwindliche Abneigung gegen den Steuerzettel und das Steuerzahlen. Steuern zählt niemand gern, ob arm ob reich, ob gebildet, ob ungebildet. Gewiß der vernünftig denkende sieht ein, daß der Staat und die Kommune für die alljährlich wachsenden Anforderungen, die an sie gestellt werden, Geld braucht und daß es demnach Steuern notwendig geben muß, aber er persönlich, als Steuerzahler will nichts oder nicht viel davon wissen. Man bekommt schlechte Laune, wenn der Steuerzettel eines Tages auf dem Schreibtisch liegt. Manche Leute suchen, wo es nur irgend geht, Abzüge zu machen und dem Fiskus zu entfahren, was irgend möglich ist. Es soll auch Leute geben, die den Steuerzettel schamlos anschauen, weil sie dabei dem Staat ein Schnippchen schlagen. Von solchen Manipulationen sei dringend gewarnt. Erstens sind sie vom moralischen Standpunkt aus durchaus verwerflich und

zweitens kann solche Steuerhinterziehung dem Täter sehr teuer zu stehen kommen. Denn dem aufmerksamen und gewissenhaften Fiskus entgeht so leicht nichts, besonders in Geldangelegenheiten. Man lasse derartiges also bleiben und bewahre sich sein mackelloses Untertanenkleid und sein gutes Gewissen. Gebet dem Staat, was des Staates ist. Auf eine oft beobachtete Reueerscheinung wollen wir noch hinweisen. Die Beamten, die uns den Steuerzettel ins Haus bringen, werden oft unhöflich behandelt. Dabei sind sie doch gewiß unschuldig daran, daß der Staatsbürger Steuern zahlen muß. Man lasse also nicht seinen Uebermut an den Beamten aus, die nur ihren befohlenen Dienst tun und übrigens — auch Steuern zahlen müssen!

—* Von der Staatsbahnverwaltung. Am 1. April d. J., dem Geburtstag des deutschen Staatsbahnwagnerverbandes, treten im Bereiche der sächsischen Staatsbahnen veränderte Bestimmungen über die Fristen für die Verladung der Güter in Kraft. Es wird dadurch im wesentlichen eine Uebereinstimmung mit den entsprechenden preussischen Vorschriften erzielt. Die wichtigste Neuordnung besteht in dem Wegfall der verkürzten 8 stündigen Verladefrist. Rünftig endet die Verladefrist, wenn der Wagen bis 9 Uhr vormittags ladefertig gestellt ist und das Gut von einem Orte zugerollt wird, dessen Mitte 2 km oder weniger von der Verladestation entfernt ist, erst mit dem Ablauf der Dienststunden des betreffenden Tages. In anderen Fällen sind die Güter innerhalb der nächsten 12 Dienststunden nach der Berechtigung des Wagens zu verladen. Durch diese Regelung werden die Verfrachter im Bereiche der sächsischen Staatsbahnen, von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, günstiger gestellt als bisher.

Höckendorf. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat im Einverständnis mit dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium dem Kirchschullehrer Joh. Friedr. Leonhardt in Anerkennung seines langjährigen treuen und erspriechlichen Wirkens im Dienste der Schule und Kirche den Titel „Rantor“ verliehen.

Hadeberg. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen halb 11 Uhr geriet in dem Geträumen der Herbstfabrik der Eichenbachschen Werke ein Pochen Holz und Kohlen in Brand. Nach circa einständiger Tätigkeit der dort bestehenden Fabrikfeuerwehr konnte das Feuer gelöscht werden.

Weißen. Der Gemeinderat hat nunmehr einstimmig die Einführung von Gas zu Licht- und Heizzwecken in unserm Orte und den verbindlichen Beitritt zum Gaswerkverbande auf der Willniger Godebene beschlossen. Auf Fragebogen waren in Weißen für Gas bei 88 Hausanschlüssen 512 Flammen zu Lichtzwecken und 85 Gasöfen mit 174 Flammen zu Heizzwecken gezeichnet worden.

Weißen. Eine Privat-Starkstromleitung unter Vermittlung öffentlicher Etrochen beabsichtigt die Verwaltung des Dr. Lehmannschen Sanatoriums nach ihren Willen zu führen. Dagegen hat aber die Gesellschaft für Elektrizitätsanlagen in Berlin-Bühlau unter Berufung auf die ihr laut Vertrag erteilte oberrichtige Konzession zur Ausführung derartiger Anlagen Einspruch erhoben. Der hiesige Gemeinderat hat beschlossen, das Gesuch der Anstaltsverwaltung unter Befugung entsprechender Erklärungen zu dem Vertrage der Königlich Amtshauptmannschaft zur Entscheidung vorzulegen mit dem Bemerkten, daß sich der Gemeinderat mit einer Genehmigung des Gesuches im voraus einverstanden erklärt. Laubegau. Beschlossen wurde am 18. d. M. vom Gemeinderat die Abschließung eines Vertrages mit der Thüringer Gasgesellschaft, nach dem diese für unserm Ort Gas unter sehr günstigen Bedingungen liefern wird.

Eppendorf. Hier verstarb am vergangenen Sonntag der 44jährige Sohn des Mühlens-

und Gutsbesizers Rintor. Der Verstorbene all seit vielen Jahren von den dortigen Einwohnern nicht mehr gesehen worden sein. Dem von der Leichenfrau herbeigerufenen Ortsarzt der schon einige Jahre dort amtiert, war nichts von dem Vorhandensein des Verstorbenen bekannt. Dieser schöpft Verdacht und erstattete beim Bezirksarzt Meldung, zumal auch der Tote nur ein reines Skelett war und ein Gewicht von knapp 40 Pfund hatte. Sofort wurde die Staatsanwaltschaft in Kenntnis gesetzt, die die Leiche beschlagnahmte und den alten Vater verhaftete. Der Tote soll mehrere Jahre in einem im ersten Stock gelegenen Zimmer der Wirtschaft gelebt haben, die von der Tochter und dem Schwägeren verwaltet wird, eingeschlossen gewesen sein. Ueber den seitigen Todesfall berichtet die „Chemnitzer Allgem. Zeitung“ nach folgendem: Die Annahme daß an dem 44 Jahre alten Rintor ein Verbrechen begangen wurde, verdichtet sich fast zur Gewißheit. Bei Besichtigung der Leiche fand man sie in einem erbarmungswürdigen Zustande. Von Fleisch zeigte der Körper keine Spur. Die Sektion ergab, daß die Nieren- und Gefäßknoschen angefaulen waren. Nagen und Eingeweide gleichen dem eines Kindes. Spreiserste fanden sich fast nicht vor. Die Verdrigung wurde durch ein Telegramm der Freiburger Staatsanwaltschaft verhindert. Tags darauf traf eine Kommission, mit dem Oberstaatsanwalt an der Spitze, ein, und das Verhör des Gutsbesizers Rintor hatte dessen sofortige Verhaftung zur Folge. Die Zeit der Einschließung des Verstorbenen ist vorläufig nicht genau festzustellen. Man nimmt 15—20 Jahre an. Der Bedauerndste war früher ein sehr kräftiger Bursche, nur etwas lässig, doch soll er geistig minderwertig gewesen sein. Sechs Wochen vor dem Tode des Sohnes hat der alte Rintor den Kranken in sein Zimmer geschafft, nachdem er bis dahin in einem kahlen Raume ohne Ofen verbrungen mußte. Die Leichenfrau fand den Toten in reiner Wäsche vor. Der Staatsanwalt soll dem Gemeindevorsteher Vorhaltungen darüber gemacht haben, daß er sich um den Verbleib des Geisteskranken nicht gekümmert hat; dabei wurde festgestellt, daß vor längerer Zeit an den Gutsbesitzer Rintor die Aufforderung ergangen war, den Sohn in eine Irrenanstalt zu schicken, was der Vater ablehnte mit dem Bemerkten, daß er für die Kosten nicht aufkomme. Die Schwester und der Schwager des Toten sind nicht schuldig, sie sollen vielmehr von dem Allen nichts daran gehindert worden sein, dem Kranken bessere Nahrung und Pflege angedeihen zu lassen.

Meerane. In der Fremdenstube eines Restaurants entstand zwischen dem zugereisten 32jährigen Hirschbergler Müller aus Lage in Lippe-Deimold und einem gleichaltrigen, in Crimmitschau ansässigen Weber ein Streit, in dessen Verlauf der Müller dem Weber mit einem schweren Stock den Kopf blutig schlug. Infolge der Aufregung erschien der Besitzer Kirsten in der Stube, um Ruhe zu bieten. Als er den Anführer des Streites, den Hirschbergler, an die Luft gesetzt hatte und ihm dann noch die zurückgelassenen Sachen Mühe und Stock herausbringen wollte, rief Müller ihm ein Messer in die Brust. Müller wurde verhaftet. Der Zustand des Restaurateurs Kirsten soll bedenklich sein.

Aus der Woche.

Im Vordergrund des Interesses steht noch immer der Besuch König Eduards in Berlin und das Abkommen zwischen der französischen und deutschen Regierung über Marokko, das man mit dem englischen Königsbesuche in Verbindung zu bringen sucht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die persönliche Stimmung in England, die gerade durch den Besuch König Eduards klar zu Tage trat, viel dazu beigetragen hat, der marokkanischen Streitfrage ihre Schärfe zu nehmen, König Eduard wäre in peinlicher

Lage gewesen, hätte er Deutschland betreten müssen, in dem Gefühl, einen Hof zu besuchen, dessen Regierung in äußerst gespannten Verhältnissen mit dem England befreundeten Frankreich steht. Kaiser Wilhelm hat ja auch in dem Telegramm an den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, unverhohlen seiner Bemügnung über das Abkommen Ausdruck gegeben. Grundverleht aber ist es, wenn man sich auf den Standpunkt französischer Blätter, vor allem des „Matin“ stellt, der behauptet, Kaiser Wilhelm habe immer alles daran gesetzt, Frankreich zu verdrängen und nur die deutsche Regierung habe nicht die Absichten des Kaisers befolgt. In dem Bestreben, Kaiser Wilhelm Anerkennung zu zollen, geht der „Matin“ sogar so weit, das er behauptet, der deutsche Kaiser habe seinen Ministern „befohlen“, die Casablanca-Angelegenheit (den Streit um die Deserteure) binnen 24 Stunden zu beendigen. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Wahr aber ist, daß Kaiser Wilhelm und mit ihm die Regierung des Deutschen Reiches alles daran gesetzt haben, und alles daran setzen werden, dem Vaterlande den Frieden zu erhalten, solange ein solches Bestreben mit der nationalen Ehre vereinbar bleibt. — Gerade in diesen Tagen hat das deutsche Reich eine schwere Aufgabe zu erfüllen. Die Reichsfinanzreform, die im Laufe des Sommers durchgeführt werden soll, wirft ihre Schatten voraus. Es ist eine alte Wahrheit, daß es keine Steuer gibt, die sich bei allen Klassen der Bevölkerung gleicher Beliebtheit erfreut. Die die Tabaksteuer annehmen, verwerfen die Nachlaststeuer, wenn die Nachlaststeuer genehm ist, der verweist die Tabaksteuer und andere. Trotzdem aber muß, soll des Reiches Wohlfahrt nicht ernstlich in Frage gestellt werden, über den kommenden Verhandlungen als Devise das Wort schweben, das der Kanzler in seiner Rede auf dem in Berlin tagenden Landwirtschaftsarat gesprochen hat: „Der Weg zur Einigung muß gefunden werden.“ — Die Balkanreise kann trotz des Ministerwechsels, der in diesen Tagen in Konstantinopel unter aufsehenerregenden Umständen vor sich ging, als beigelegt gelten. Der neue türkische Großwesir Hilmi Pascha hat in seinen Ausführungen zur auswärtigen Politik vor der Kammer erklärt, daß er nach Möglichkeit den Abschluß der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und Bulgarien herbeiführen werde. Er hat Wort gehalten: In wenigen Tagen werden die Schlussprotokolle unterzeichnet werden. Sind diese aber unterzeichnet, so darf bis auf weiteres die Balkanreise als überwunden gelten. Allerdings gefällt sich Serbien immer noch in der Rolle des Friedensförderers und es fehlt nicht an allianischen Blättern in Rußland, die die Hoffnung hegen, des Jarenreich werde im Falle eines Krieges zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn den bedrängten Kasenbrüdern mit Waffengewalt zu Hilfe eilen. Die russische Regierung aber denkt nicht daran und sie hat ihrer gegenteiligen Ansicht ganz unumwunden Ausdruck gegeben durch die Erklärung, daß sie bei der serbischen Regierung nunmehr energisch für den Frieden wirken wolle. Steht aber Serbien sich von Rußland verlassen, so wird es wohl nicht mehr darauf bestehen, das Bosnien und die Herzegowina vor der österreichisch-ungarischen Oberhoheit unterstellt, im übrigen aber die Selbstverwaltung erhalten, sondern wird sich mit der Anerkennung der bestehenden Verhältnisse abfinden müssen. — Im fernen Osten scheint, soweit es sich um die Staaten um den Stillen Ozean handelt, ebenfalls die vor kurzer Zeit drohende kriegerische Entscheidung hinausgeschoben zu sein. Es ist dem Präsidenten Roosevelt gelungen, alle amerikanischen Staaten zu überzeugen, daß eine antijapanische Bewegung eine politische Unklugheit wäre. Nach darf also Japan in dieser Angelegenheit von einem diplomatischen Erfolge reden.